

Herrn Ministerpräsident
Dr. Markus Söder
Staatskanzlei
Franz-Josef Strauß Ring 1
80539 München

Per Email an
mpr-buero@stk.bayern.de

Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

Richard Mergner
1. Vorsitzender

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

richard.mergner
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Unser Zeichen |#b#NGenT_Offener Brief 240123
Datum 23. Januar 2024

Offener Brief

Bayerns Gentechnikfreiheit in höchster Gefahr – Verstoß gegen bayerisches Naturschutzgesetz – drohende Milliarden Schäden für bayerische und deutsche Landwirte und Unternehmen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 24.01.24 wird im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments über einen Antrag entschieden, der als Beschlussvorlage für die Abstimmung im Europäischen Parlament dient. Es geht um einen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission zur De-Regulierung der Zulassung von mit neuen Verfahren erzeugten, gentechnisch veränderten Pflanzen. Dies hätte gravierende Konsequenzen für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittel.

Im Gegensatz zu den Vorschriften des bayerischen Naturschutzgesetzes und den Versprechungen Ihrer Partei, der CSU, für ein gentechnikfreies Bayern einzutreten und damit drohende Schäden in der Natur, im Verbraucherschutz, in der Landwirtschaft und bei den gentechnikfrei produzierenden Unternehmen zu verhindern, setzt sich der Abgeordnete Manfred Weber und die EVP-Fraktion und damit auch die CSU sogar für eine noch weitergehende De-Regulierung der Gentechnik und damit eine massive Verbrauchertäuschung ein. Wir fordern Sie und Ihre Fraktion eindringlich zur Umkehr auf. Beenden Sie Ihren natur- und regionalwirtschaftsfeindlichen Kurs.

In Deutschland und Europa warnen eine Vielzahl von Umwelt- und Verbraucherschützer*innen, Wissenschaftler*innen und nicht zuletzt die Lebensmittelwirtschaft sowie Kirche und viele Organisationen der Zivilgesellschaft vor den Folgen des vorgelegten Gesetzesvorschlags. Denn die bisherige Wahlfreiheit beim Kauf von Lebensmitteln würde Verbraucher*innen genommen, sollte die Kennzeichnung von gentechnisch erzeugten Lebensmitteln nicht mehr verpflichtend sein.

Neue Gentechnik ist immer noch Gentechnik und wie die bisherige mit Risiken behaftet. Sie mit herkömmlich gezüchteten Pflanzen gleichzusetzen, ist reiner Etikettenschwindel. Die von der Kommission für die Einstufung verwendeten Kriterien sind unwissenschaftlich, wie nicht nur zahlreiche Wissenschaftler*innen kritisierten, sondern zuletzt auch die französische Behörde ANSES, die Französische Agentur für Nahrungssicherheit, Umwelt und Arbeitsschutz. Die Vorschläge der EVP zur De-Regulierung gehen sogar noch über die der Kommission hinaus und zeigen, wie erfolgreich die Lobbyarbeit der großen Agrarkonzerne dieser Welt ist, wenn es darum geht, weiteren Zugriff auf das Saatgut zu bekommen und die Wahlfreiheit der Bäuerinnen und Bauern auch in Bayern auszulöschen. Denn alles Saatgut, das durch alte und neue Gentechniken hergestellt wird, ist patentierbar und wird patentiert werden! Das macht Züchter und Landwirte abhängig von den Patentinhabern! Es ist paradox, dass CSUler sich hierzulande an die Seite der Bauern stellen und sich damit brüsten, den Bauernstand gegen Großkonzerninteressen zu verteidigen, während gleichzeitig Angehörige derselben Partei in Brüssel das Gegenteil verfolgen! Während die Bundesregierung im Fokus der Bauernproteste steht, verkaufen in Wahrheit Manfred Weber und die Parlamentarier der EVP die Bäuerinnen und Bauern an die globalen Agrar- und Saatgutkonzerne! Das ist das Ende eines Gentechnikanbau-freien Bayerns! Es wird Zeit, die Traktoren in Richtung Brüssel zu lenken!

Auch der wirtschaftliche Schaden für Deutschland wird riesig sein! Die knappe halbe Milliarde im Bereich des Agrardiesels ist eine Kleinigkeit angesichts der Vernichtung eines Jahresumsatzes von über dreißig Milliarden Euro (Umsatz mit Lebensmitteln „ohne Gentechnik“ und Biolebensmitteln), die durch Manfred Weber, die CSU und die EVP gerade geplant wird. Daher appellieren inzwischen auch über 200 Unternehmen aus Deutschland an die Vernunft der Abgeordneten.

Nicht zuletzt hat das Kommissariat der katholischen Bischöfe in einer Stellungnahme ausdrücklich sowohl wissenschaftlich wie auch philosophisch-moralisch dargelegt, warum eine De-Regulierung, wie sie von der EU-Kommission und der EVP geplant wird, den Werten zur Bewahrung der Schöpfung widerspricht. Das sollte den Vertreter*innen von christlichen Parteien Anlass zum Innehalten und Nachdenken sein.

Die Verdrossenheit über die Politik in Deutschland hat gefährliche Ausmaße angenommen. Menschen driften in extreme politische Ansichten, fühlen sich nicht gehört und mit ihren Problemen alleingelassen. Genau das passiert gerade auch bei dieser Gesetzesentscheidung.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir fragen uns, wie es sein kann, dass ein Vertreter Ihrer Partei in einer sehr wichtigen Angelegenheit den Stimmen von Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherinnen und Verbrauchern, der Wirtschaft, der Kirche und vielen weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft kein Gehör schenken und einen Gesetzesentwurf, bei dem noch sehr viel Diskussionsbedarf besteht, mit aller Gewalt durch die Gremien peitschen will?

Warum, so fragen wir uns, unterstützen CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament ein Gesetz, das die im bayerischen Naturschutzgesetz verankerte Gentechnikfreiheit in Landwirtschaft und Natur in Bayern mit Füßen tritt? Warum rufen Sie und die Verantwortlichen der bayerischen Landesregierung und der CSU ihre Vertreterinnen und Vertreter in Brüssel nicht dazu auf, die bayerischen Interessen zu wahren?

Warum unterstützen bayerische und deutsche Abgeordnete ein Gesetz, das zu einem Wirtschaftsschaden von mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr in Deutschland führt und sehr viele Arbeitsplätze kosten wird? Wie können Sie die Freiheit und Unabhängigkeit von Bäuerinnen und Bauern, das Erbe der Menschheit und die Wahlfreiheit von Verbraucherinnen und Verbraucher an die Agrar- und Saatgutkonzerne verkaufen?

Die CSU muss endlich umkehren! Wirken Sie auf Ihre Europaabgeordneten ein, den Gesetzesvorschlag abzulehnen! Denn wir haben ein gutes Gesetz, das Wahlfreiheit und Kennzeichnung gentechnisch erzeugter Lebensmittel ermöglicht, eine Risikoprüfung vor der Zulassung vorsieht, die Ko-Existenz sichert und den Regionen, wie auch den Landwirten und Unternehmen die Freiheit gibt, ohne Gentechnik zu wirtschaften.

Dieses Schreiben ging gleichlautend an MdEP Manfred Weber. Einen Abdruck erhalten die Staatsministerin für Landwirtschaft Michaela Kaniber und der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek.

Mit besorgten Grüßen



Richard Mergner
Landesvorsitzender



Dr. Martha Mertens
Sprecherin BN-Arbeitskreis Gentechnik



Harald Ulmer
BN-Landwirtschaftsreferent